

E 010403 12. Juni 2023

LANDESHAUPTSTADT



EG: DA: 06. 2023

Über
Herrn Oberbürgermeister
Gert-Uwe Mende

Der Magistrat

Bürgermeister

Dr. Oliver Franz

über
Magistrat

und
Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Gerhard Obermayr

6. Juni 2023

an den Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung,
Digitalisierung, Gesundheit

Legalisierung von Cannabis auf kommunaler Ebene umsetzen
- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und DIE LINKE vom 3. Mai 2023 -
Beschluss Nr. 0065 vom 9. Mai 2023, (23-F-63-0070)

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, wie das Thema Prävention in Bezug auf Cannabis-Konsum gemäß Beschluss Nr. 0700 weiter ausgearbeitet wurde.
2. zu berichten, ob und wie externe Präventionsangebote, wie bspw. das von der Sucht- und Drogenbeauftragten der Bundesregierung empfohlene Frühinterventionsprogramm „FRED“, an Wiesbadener Schulen bekannt sind und angeboten werden.
3. zeitnah nach Bekanntgabe und Verabschiedung des Gesetzes die entsprechenden Regelungen zum privaten Eigenanbau sowie dem Anbau in nicht gewinnorientierten Vereinen/Vereinigungen dem Ausschuss zu berichten, ob und welche kommunalen Aufgaben in diesem Bereich ggf. anfallen und die Bedarfe hierfür bis zu den Haushaltsberatungen vorzulegen.
4. die weitere Bearbeitung des Beschlusses Nr. 0108 der Stadtverordnetenversammlung vom September 2021 fortzusetzen und sicherzustellen, dass ein Modellprojekt zum kommerziellen Verkauf von in Wiesbaden bzw. Rhein-Main-Gebiet als Modellregion zeitnah und ohne Verzögerung nach Verabschiedung der Gesetze durch den Bundestag in die Wege geleitet wird.
5. sich mit den Städten Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, der Landeshauptstadt Mainz, dem Rheingau-Taunus-Kreis und dem Main-Taunus-Kreis auszutauschen, um ein gemeinsames, groß angelegtes Modellprojekt zu ermöglichen.

Zu 1.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit hat am 21. September 2021 (Beschluss Nr. 0108) bereits vor Beginn des Gesetzgebungsverfahrens zur Legalisierung von Cannabis des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) beschlossen,

dass Wiesbaden sich als Modellregion für die Legalisierung von Cannabis, damals mit einer Finanzierung durch EU-Gelder, bewerben sollte.

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 16. Dezember 2021 wurde der Beschluss (Beschlussnr. 0700) zur Durchführung eines Modellprojektes in Wiesbaden um ein Jahr zurückgestellt.

Im November 2022 wurde vom BMG ein Eckpunkte-Papier für ein Bundesgesetz zur Legalisierung von Cannabis nach den Plänen der Koalitionsvereinbarungen der Ampel-Regierung vorgelegt.

Am 31. Januar 2023 wurde im Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit beschlossen, zunächst das Ergebnis des Gesetzgebungsverfahrens im Bundestag abzuwarten (Beschluss Nr. 0003).

Der Presse war zu entnehmen, dass der Gesetzentwurf des BMG inzwischen allen Bundestagsfraktionen vorliegt. Die Abstimmung über das Gesetz im Bundestag steht noch aus.

Die zugesetzte E-14 Stelle steht ab dem 1. Juli 2023 dem neuen Dezernat IV zur Verfügung, um dieses Projekt auf Dezernatsebene zu steuern.

Zu 2.

Das Frühinterventions-Projekt „Fred“ wird von der Wiesbadener Jugendberatung und Jugendhilfe e.V. angeboten. Von Seiten des Gesundheitsamtes kann die Frage nicht beantwortet werden.

Zu 3. und 4.

Das Gesetz zur Legalisierung von Cannabis wurde noch nicht vom Bundestag verabschiedet. Im Haushalt 2022 wurden eine E-14 und eine E-13 Stelle für die Koordination und Umsetzung des Cannabis-Projektes von der LHW genehmigt. Der Magistrat wird zeitnah nach Bekanntgabe und Verabschiedung des Gesetzes dem Ausschuss berichten, ob und welche kommunalen Aufgaben in diesem Bereich ggf. anfallen, und die Bedarfe hierfür bis zu den Haushaltsberatungen vorlegen, sofern dies noch vor den Haushaltsplanberatungen möglich ist.

Zu 5.

Es ist geplant, dass die detaillierte Abstimmung bei der Umsetzung mit den umliegenden Gebietskörperschaften im Rhein-Main-Gebiet durch die Projekt-Koordinatoren erfolgen soll. Der Magistrat wird sich mit den Städten Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, der Landeshauptstadt Mainz, dem Rheingau-Taunus-Kreis und dem Main-Taunus-Kreis auszutauschen, um ein gemeinsames Vorgehen abzustimmen.

